

POLIZEIEINSATZ IN BIELEFELD

BIELEFELD Am 19.3. um ca. 24 Uhr gab es einen brutalen
23. März Polizeieinsatz am Bahnhof in Bielefeld
auf zurückkehrende Demonstranten aus

Grohnde. Als die Leute aus dem Bus stiegen, versuchten die Bullen gemeinsam mit Bahnbullen und MEKlern zwei Leuten Schild und Schaufel wegzunehmen. Dabei kam es zu einem Handgemenge und Gummiknüppeleinsatz. Trotz Protest der Umstehenden wurden Leute, die bereits wehrlos am Boden lagen, weiter geprügelt und getreten. Sprüche wie: „Die mit der gelben Jacke ist die Anführerin, die müssen wir fertig machen“, und „Euch werden wir das rote Maul noch stopfen“, begleiteten die ganze Aktion. Zwei Leute wurden vorübergehend, zur Personalienfeststellung festgenommen.

Nachdem die beiden freigelassen waren und alle den Platz verlassen wollten, wurde eine Mopedfahrerin, unter dem Vorwand es handele sich um eine Verkehrskontrolle, überprüft. Als sie den anderen nachrief, sie sollten warten, reichte das bereits für eine Anzeige wegen nächtlicher Ruhestörung. Anschließend wurde noch ein PKW mit vorgehaltener Schußwaffe kontrolliert, nach Material (Schilder, Stöcke usw.) durchsucht und die Personalien der Insassen aufgenommen.

Offensichtlich handelte es sich um eine gezielte Aktion der Polizei gegen zurückkehrende Demonstranten (den Bullen war bekannt, daß Bielefeld eine Schutztruppe aufgestellt hatte). Wie wir später erfuhren trieb sich der stadtbekannte Spitzel schon den ganzen Abend auf dem Bahnhof herum. Als der letzte Bus eintraf, der nur noch mit ca. 15 Leuten besetzt war, benachrichtigte er seine Komplizen, die innerhalb kurzer Zeit aus allen Ecken anrückten. Bei diesem Einsatz haben sich besonders die MEKler hervor getan. Daß die Bullen so gewalttätig vorgehen, liegt wohl mit an den gezielten Falschinformationen, die ihnen übermittelt wurden. Aus sicherer Quelle wissen wir, daß ihnen erzählt wurde, zwei von ihnen seien in Grohnde draufgegangen, außerdem sollten mehrere Bielefelder Bullen von Demonstranten mit Spaten die Hacken abgeschlagen worden sein.

Regionalkonferenz Weserbergland

In Bad Pyrmont fand am 2.4. eine Regionalkonferenz von Bürgerinitiativen rund um Grohnde statt, an der Initiativen aus Pyrmont, Holzminde, Detmold, Göttingen, Hildesheim, Hannover, Extertal, Hameln und Bodenwerder teilnahmen. Diskutiert wurde über die Demonstration am 19.3. in Grohnde, die von allen Anwesenden als Erfolg eingeschätzt wurde. Kritisiert wurde die Demonstration und der Verkehrsausschuß da der Informationsfluß während des Anmarsches und der Demonstration nur ungenügend funktioniert hat.

Weiter wurde über die nächsten Aufgaben und die Perspektive der Anti-AKW-Bewegung beraten. Dabei wurde einstimmig gefordert, die nächsten Aktionen durch eine Verbreiterung der Informationsarbeit vorzubereiten. Darüber hinaus sollte bei den kommenden Aktionen darauf geachtet werden, daß für alle beteiligten Kräfte Möglichkeiten des Widerstandes organisiert werden. Hierbei wurde besonders die Schienenbesetzung in Grohnde hervorgehoben, weil daran auch die Anwesenden „Gewaltfreien“ teilnehmen konnten. Als die nächsten anzuge-

henden Aufgaben wurde beschlossen:

- Unterstützung von Ostermärschen, soweit sie in der Region der Initiativen stattfinden;
- Organisation einer Anti-Atom-Woche Ende April;
- Mobilisierung zu den stattfindenden Maidemonstrationen und Bildung von Anti-AKW-Blocks;
- Organisation eines Jugendlagers in Grohnde zu Pfingsten.

Insbesondere der letzte Vorschlag stieß auf große Zustimmung bei den Anwesenden. Am 14.5. wird hierfür ein Vorbereitungstermin stattfinden. Am 16./17.4. soll in Göttingen oder Kassel eine Landeskongress Süd-niedersachsen stattfinden, auf der über folgende Fragen diskutiert werden soll:

- Schaffung von demokratischen Strukturen in den Bürgerinitiativen und für die Landeskongress
- Organisation der weiteren Zusammenarbeit
- Aufbau eines gemeinsamen Informationszentrums und einer gemeinsamen Anti-AKW-Zeitung.

Nach einem Bericht der
ortsansässigen Genossen

Erklärung von AKW-Gegnern in der Reformierten Kirche in Hamburg zu Grohnde

Nach dem 19.3. in Grohnde gaben AKW-Gegner in der Reformierten Kirche in Hamburg eine Erklärung heraus, in der sie sich gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und sonstiger Pressehetze zu Grohnde wandten und ihr Recht, gegen Atomkraftwerke militant vorzugehen, verteidigten. Wir zitieren auszugsweise aus dieser Erklärung:

„Am 19. März forderte die Einsatzleitung der Polizei die friedlichen Demonstranten auf, sich von den ‚Verbrechern‘ zu trennen. Auf diesen Versuch, Teile der Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren, kann es nur eine Antwort geben: ‚Dann sind wir wohl alle Verbrecher‘. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren! ... Wir lassen uns auch nicht zusammenschlagen, wenn wir von unseren Grundrechten Gebrauch machen – auch nicht von der Polizei. Wer will es uns verübeln, daß wir uns von denen nicht distanzieren wollen, die versuchten, die abziehenden Demonstranten vor den Schlagstöcken der Polizei zu schützen? ... wir haben in Notwehr gehandelt – gegenüber Polizeiwillkür. ... Presse, Fernsehen, Landes- und Bundesregierung verteilen in Einheitsfront das Vorgehen der Demonstranten. Doch was ist ei-

gentlich geschehen? Wir haben versucht, den Bauplatz zu besetzen. Das ist doch nicht Neues ... in Grohnde wird unbekümmert weitergebaut; dem wollten wir Einhalt gebieten.

Um einen Zaun umzulegen, braucht man natürlich Werkzeuge – von selber fällt er nicht. Aber ist nicht ein Unterschied zwischen dieser Gewalt und der Gewalt der Polizei gegen uns Menschen, die wir nicht durch Gräben, Metallgitter und Nato-draht geschützt sind?

Springer, SPD- und DKP-Presse erklären uns zu nützlichen Idioten der K-Gruppen. Diesen Gruppen unterstellt man, sie würden die Anti-AKW-Bewegung für ihre Ziele ausnutzen. Wie schon so oft in der BRD soll auch hier der Antikommunismus dazu dienen, von den wirklichen Problemen abzulenken. ... Wir sind jedem dankbar, der mit uns gemeinsam kämpft – ob er Kommunist ist oder nicht. Die Gewalt ging in Grohnde vom Staat aus. Man wollte uns wohl lehren, daß Demonstrieren gegen Atomkraftwerke gefährlicher ist, als der Betrieb der Kraftwerke selbst.

Dies ist nicht gelungen!
Wir kommen wieder!”

Demonstranten belagerten das Polizeipräsidium

Hundertschaft räumte Waterloostraße / Heftige Angriffe

Vor dem Polizeipräsidium in der Waterloostraße ist es am Sonntag im Zusammenhang mit den Vorfällen in Grohnde zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen, bei dem mehrere Personen verletzt wurden. Die Demonstranten hatten die Freilassung von vier in Grohnde festgenommenen und in der Polizeihaftstation Hannover festgehaltenen Personen gefordert. Eine Hundertschaft der Polizei räumte darauf die Waterloostraße. Die Bürgerinitiative beschuldigte am Abend die Polizei, mit „unangemessener Härte“ vorgegangen zu sein.

Kurz nach 13 Uhr hatten sich vor dem Eingang des Polizeipräsidiums in der Waterloostraße ungefähr 250 Demonstranten versammelt – nach Angaben der Polizei Angehörige des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), nach eigener Darstellung Mitglieder einer „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Hannover“. Sie forderten in Sprechchören die Freilassung von vier Teilnehmern der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks in Emmerthal-Grohnde bei Hameln vom Vortag.

Die Festgenommenen waren in der Nacht zum Sonntag in die Polizeihaftstation Hannover gebracht worden, wo sie dem Hafttrichter vorgeführt wurden. Zwei wurden im Lauf des Nachmittags entlassen, ohne daß Haftbefehl gegen sie ausgestellt worden wäre. Bei einem dritten wurde der Haftvollzug ausgesetzt.

Als die Demonstranten in der Waterloostraße begannen, Farbbeutel gegen das Polizeipräsidium zu werfen und auf das Gebäude sowie den gegenüberliegenden Neubau des Finanzgerichts Parolen spritzten, griff die Polizei ein. Inzwischen waren Funkstreifenwagen aus dem ganzen Stadtgebiet zusammengerufen worden. Auch eine Hundertschaft der hannoverschen Polizei, die sich auf der Heimfahrt von dem Einsatz in Grohnde befand, war unterwegs alarmiert worden.

Als die Hundertschaft eintraf, wurde nach einigen Aufforderungen an die Demonstranten Befehl gegeben, die Waterloostraße zu räumen. Die Beamten gingen dabei mit Schlagstöcken und chemischen Keulen vor. Während die Polizei angab,

durch tätliche Übergriffe der Demonstranten provoziert worden zu sein, erklärten Vertreter der Bürgerinitiative, die Beamten seien „zum Sturmangriff“ übergegangen, als man sich schon entschlossen habe, die Straße zu räumen. Bei den Auseinandersetzungen wurden acht Teilnehmer der Demonstration festgenommen, jedoch im Lauf des Nachmittags wieder freigelassen. Nach den Zwischenfällen in der Waterloostraße sammelten sich die Demonstranten wieder und zogen durch die Stadt zum Jugendzentrum Kornstraße.

Vertreter der Bürgerinitiative sowie einige Rechtsanwälte richteten am Abend vor Journalisten Angriffe gegen die hannoversche Polizei, der sie vorwarfen, ohne Anlaß und mit großer Härte vorgegangen zu sein.

Die Rechtsanwälte Plähn aus Hannover und Axel Galette aus Kiel erklärten, den in Grohnde und am Sonntag in Hannover Festgenommenen sei viele Stunden lang ein Gespräch mit ihren Anwälten verwehrt worden. Außerdem habe sich die Polizei erst nach dem Eingreifen des Staatsanwalts entschlossen, einen Arzt zur Behandlung der Verletzten unter den Festgenommenen zu rufen.

★

Im Zusammenhang mit den Vorfällen vor dem Polizeipräsidium ist am Sonntagmittag ein Funkstreifenwagen des 3. Reviers verunglückt. Der Wagen hatte sich gerade im Bereich Steuerndieb befunden, als ihn der Ruf der Funkeinsatzzentrale erreichte. Bei der Einsatzfahrt geriet der Wagen auf der Waldchaussee in Höhe Zoo ins Schleudern und prallte gegen einen Baum. Ein Polizeibeamter wurde dabei schwer verletzt. nb

Bürgerinitiativen fordern Bauplatzräumung in Grohnde

1402/28-2, 77 Hannover/Hameln (lni)

Zu einer Großkundgebung am Bauplatz des Kernkraftwerkes Grohnde an der Weser im Kreis Hameln-Pyrmont hat die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke für den 19. März aufgerufen.

Wie die Bürgerinitiative Weserbergland im Auftrage der Regionalkonferenz am Sonnabend in Hannover mitteilte, soll bei der Großveranstaltung „Gewalt gegen die Polizei und gegen die Arbeiter an dem künftigen Atomkraftwerk vermieden werden“. Mit der geplanten Demonstration solle der Wille der Bevölkerung zum Schutz des Lebens – nicht zur Verletzung von Leben demonstriert werden. Die Bürgerinitiativen setzen sich in dem Aufruf für eine sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten in Grohnde und der Räumung des Bauplatzes ein. Außerdem sprechen sie sich gegen den Bau von Atomkraftwerken auch an anderen Orten und gegen die Errichtung einer atomaren Entsorgungsanlage in Niedersachsen aus.

Das niedersächsische Sozialministerium hatte im Juni 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk in Grohnde erteilt. Am 19. Februar dieses Jahres – am Tage der Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe – war es den Kernkraftgegnern in Grohnde gelungen, das Baugelände zu besetzen. Trotz des Einsatzes von mehreren Hundertschaften der Polizei hatten – wie berichtet – etwa 800 Demonstranten den das Werkgelände umschließenden Drahtzaun niedergerissen und waren auf den Bauplatz gestürmt.

Mädchen schenkten Blumen

Baustelle Grohnde friedlich besetzt

Polizei taktierte zurückhaltend

Von Jochen Mellin

HA7/122.7.77 Grohnde
Umsichtige Polizeistrategie hat am Sonnabendnachmittag dafür gesorgt, daß bei der Demonstration auf der Baustelle des Kernkraftwerkes Grohnde (Gemeinde Emmertal, Kreis Hameln-Pyrmont) Tötlichkeiten vermieden wurden. Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, drang der größere Teil der rund 2000 überwiegend jugendlichen Kernkraftgegner auf das Baugelände vor, nachdem ein kleines „Vorkommando“ Maschendrahtzaun und Stacheldrahtrollen beiseitegeräumt hatte. Zwei Stunden hielten die Demonstranten die Baustelle besetzt, dann zogen sie friedlich unter Polizeibegleitung ab.

Die Polizei hatte mit geringen Einsatzkräften die Zufahrt zum Werk schon frühzeitig unter Bewachung genommen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration begehrte lediglich ein Bauer Durchlaß, um eine Fuhre Mist an seiner Feldscheune abzuladen.

Der große Schwung der Demonstranten kam gegen 10.30 Uhr zu Fuß vom rund zwei Kilometer entfernten Dorf Grohnde: Jugendliche aus allen Teilen Niedersachsens und Randgebieten benachbarter Bundesländer. Die erste Konfrontation mit den inzwischen zahlreicher gewordenen Ordnungshütern hatte friedlichen, teilweise sogar karnevalistischen Charakter: Buntgeschminkte junge Mädchen überreichten Polizeibeamten Blumen. Diese Friedfertigkeit verging jedoch, als gegen den ausdrücklich betonten Willen der örtlichen Bürgerinitiativen die Absperrung durchbrochen und umgangen wurde. Am Drahtzaun angelangt, zogen Protestierer Drahtscheren und Zangen unter ihrer wetterfesten Kleidung hervor. Mahnende Rufe von Polizei und Gruppenleitern der Grohnder Bürgerinitiativen hielten die Eindringlinge nicht zurück.

In der Nähe der Baubuden entwickelten sich Diskussionen zwischen Polizisten, Bauarbeitern und verschiedenen Demonstrantengruppen. Sympathieadressen gen Brokdorf und Itzehoe wurden per Megaphon geäußert, immer wieder unterbrochen durch Rückzugsaufrufen der einheimischen Bürgerinitiativen. Die verlangte Diskussion mit der Bauleitung des Kraftwerkes kam nicht zustande, dafür aber eine Presseerklärung: Die Forderung an Mini-

sterpräsident Ernst Albrecht, den Bau des Grohnder Werkes zu stoppen, keine Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen zu genehmigen.

Inzwischen hatte die Polizei immer mehr Beamte aus ihren Bereitstellungsquartieren in der näheren Umgebung herangeholt. Mehrere Hundertschaften mit Helm und Schild umschlossen schließlich die Besetzer. Auf die Zusicherung, in der Ortschaft Grohnde könne mit der Einsatzleitung und Männern von der Baustelle diskutiert werden, formierte sich schließlich der Zug zurück ins Dorf.

Junge Bereitschaftspolizisten betrachteten bekümmert ihre matschverkrusteten Straßenschuhe und Ausgehosen, trauerten offensichtlich dem verlorenen freien Sonnabend nach. Demonstranten packten Butterbrote, Thermosflaschen und vitamin spendendes Obst aus. Die Meinung einiger Besetzer: „Das war eine großartige Sache bisher.“

Und als ein Polizist schließlich lauthals kommandierte: „Abmarsch, Abmarsch“, setzten sich die Massen in Bewegung. Mit Schriftfahnen, Transparenten und zahllosen Stückchen Stacheldraht als Souvenirs im Gepäck, skandierten einige Gruppen: „Sonnabends frei für Polizei!“ „Danke schön“, antwortete ein Beamter über Lautsprecher.



Erst überreichten die Demonstranten den Polizisten Blumen (oben), dann besetzten sie zwei Stunden lang das Gelände des Kernkraftwerkes Grohnde (unten).

Aufn. (2): Jochen Mellin

Demonstranten besetzten Kraftwerksgelände 'Grohnde'

Eigener Bericht

HAZ/21.2.77 Grohnde (me)

Rund 2000 vorwiegend jugendliche Anhänger von Bürgerinitiativen aus ganz Niedersachsen demonstrierten am Sonnabendmittag vor der Baustelle des Kernkraftwerkes Grohnde (Kreis Hameln-Pyrmont). Nachdem eine kleine Gruppe Jugendlicher die Reihe der absperrenden Polizeibeamten durchbrochen und umgangen hatte, durchtrennte sie den Bauzaun und besetzte das Gelände, gefolgt von mehreren hundert Gleichgesinnten. Die Polizei taktierte zurückhaltend, so daß es nicht zu Handgreiflichkeiten kam. Nach zwei Stunden Diskussion verließen die Demonstranten das Baugelände. Vorher hatten sie an die Polizei Blumen verteilt. (Siehe auch Niedersachsen)